

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 4. Mai bis 11. Juni 2018¹¹

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
17. Mai 2018	ER	<p>Schwerpunkte des EU-Westbalkangipfel in Sofia</p> <p>Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und die Führungsspitzen der sechs Partner im Westbalkan bekräftigen ihr beiderseitiges Bekenntnis zur europäischen Perspektive der gesamten Region im Westbalkan. Im Mittelpunkt des Treffens standen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Europäische Perspektive: Bekräftigung eines beiderseitigen uneingeschränkten Bekenntnisses zur europäischen Perspektive des gesamten Westbalkans. Der Europäische Rat begrüßt das Bekenntnis der Westbalkanstaaten, der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Achtung der Menschenrechte Vorrang einzuräumen. • Konnektivität: Einigkeit besteht in der Verbesserung der Verbindungen zum Westbalkan auf vielen Ebenen, dazu zählen: Verkehrsverbindungen, Energieversorgungssicherheit, digitale Wirtschaft, Wirtschaftsklima und Chancen für junge Menschen.
17. Mai 2018	EP ECON	<p>Strukturierter Dialog mit EK-Vizepräsident Dombrovskis</p> <ul style="list-style-type: none"> • EK-Frühjahresprognose: Der EK-Vizepräsident betont die positiven Ergebnisse der EK-Frühjahrsprognose, aber Risiken wie geopolitische Herausforderungen und Protektionismus sind weiterhin gegeben, deshalb ist ein „schmales Window of Opportunity“ für Reformen gegeben. • Kapitalmarktunion: Einige Fortschritte können bei Venture-Kapital, Prospekte und Verbriefung verzeichnet werden. Doch gibt es noch viel zu tun bis zu den Wahlen des Europäischen Parlaments 2019, auch vor dem Hintergrund der Brexit-Verhandlungen.
22. Mai 2018	Rat	<p>Eröffnung von Verhandlungen über Handelsabkommen mit Neuseeland und Australien</p> <p>Der Handelsministerrat stimmt für eine Aufnahme von Verhandlungen über Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland. Zudem wurden diesbezügliche Verhandlungsrichtlinien angenommen. Beide Handelsabkommen werden in erster Linie darauf abzielen, die bestehenden Handelshemmnisse weiter zu verringern, Zölle auf Waren zu beseitigen und den Zugang zu Dienstleistungen zu verbessern. Zudem soll besonderes Augenmerk auf den Schutz sensibler EU-</p>

¹¹ Autoren: Sylvia Gloggnitzer und Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		Sektoren, wie die Landwirtschaft, sowie auf Sozial- und Umweltstandards gelegt werden.
23. Mai 2018	EK	<p>Veröffentlichung des EK-Vorschlags für EU-Haushalt 2019</p> <p>Im Vorschlag der EK für den EU-Haushalt 2019 sind 166 Mrd EUR an Mitteln für Verpflichtungen für Investitionen in eine stärkere, besser gewappnete Wirtschaft sowie für mehr Solidarität und Sicherheit diesseits und jenseits der Grenzen der EU veranschlagt. Das entspricht einer Erhöhung um 3 % gegenüber 2018. Es sind konkret zur Förderung des Wirtschaftswachstums beinahe 80 Mrd EUR vorgesehen. 12,5 Mrd EUR (+8,4% gegenüber 2018) sollen in Innovation und Forschung im Rahmen des Förderprogramms Horizont 2020 fließen. 3,8 Mrd EUR sollen zudem für Infrastrukturnetze im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) (+36,4% gegenüber 2018) ausgegeben werden. Für den EU-Haushalt 2019 gilt, dass UK nach seinem Austritt am 30.3.2019 noch bis Ende 2020 denselben Beitrag wie ein Vollmitglied zum EU-Haushalt und zur Durchführung der EU-Haushaltspläne leisten wird.</p>
24. Mai 2018	EK	<p>Die EK hat zwei Empfehlungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an Österreich gerichtet:</p> <p>1. Empfehlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erzielung des mittelfristigen Haushaltszieles im Jahr 2019, unter Berücksichtigung der Erlaubnis („allowance“) wegen der außergewöhnlichen Umstände (Flüchtlingszustrom 2015) für die eine temporäre Abweichung gewährt wurde. • Gewährleistung der Tragfähigkeit des Gesundheits- und Pensionssystems einschließlich der Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters und der Restriktion des vorzeitigen Pensionsantritts. • Steigerung der Effizienz des öffentlichen Dienstes einschließlich der Anpassung der Verantwortlichkeiten für Finanzierung und Ausgaben. <p>2. Empfehlung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Abgabenquote, bes. für Geringverdiener, durch Verschiebung der Steuerbelastung auf Einnahmequellen, welche weniger nachteilige Auswirkungen auf das Wachstum haben. • Verbesserung der Erwerbsbeteiligung für Frauen und Verbesserung der grundlegenden Fertigkeiten für benachteiligte junge Menschen. • Unterstützung des Produktivitätswachstums durch Förderung der Digitalisierung von Unternehmen.
24. Mai 2018	Eurogruppe	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Griechenland: Information über das am 19.5.2018 abgeschlossene „Staff level Agreement“. Die Auszahlung des noch offenen Teiles der 4. Tranche in Höhe von 1 Mrd EUR

		<p>könnte bis Mitte Juni erfolgen, vorbehaltlich der Verringerung der Rückstände und der Fortschritte bei der Errichtung des E-Auktionen-Systems (i.e. Maßnahmen für die Versteigerung von Immobilien überschuldeter Eigentümer). Auf der Grundlage des „Staff level Agreements“ wird die endgültige Analyse der „Debt Sustainability“ erstellt werden. Auf dem Juni-ECOFIN soll eine Entscheidung über die Erfordernisse für einen erfolgreichen Programmausstieg von Griechenland getroffen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bankenunion: K. Regling betont, dass die Vollendung der Bankenunion für die Finanzstabilität der Eurozone unbedingt erforderlich ist. • EDIS (European deposit insurance scheme): Im Juni soll eine Einigung über die Hauptprinzipien zusammen mit einem Mandat für politische Diskussionen über die 1. Phase von EDIS angestrebt werden. • ESM: Bestandsaufnahme über die auf technischer Ebene erzielten Fortschritte; einschließlich der Kooperation zwischen Kommission und ESM bei zukünftigen Programmen, Review des ESM Toolkit; Schuldennachhaltigkeit und Common Backstop für den SRF.
25. Mai 2018	ECOFIN-Rat	<p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bankenpaket (CRR/CRD IV/BRRD): Erzielung einer allgemeinen Ausrichtung mit qualifizierter Mehrheit zu den zuletzt noch offenen Themen: FRTB (Fundamental Review of the Trading Book) die grundlegende Überprüfung des Handelsbuches. • EMIR (European Market Infrastructure Regulation): In der Ratsarbeitsgruppe wird derzeit an einer Änderung der Verordnung von EMIR gearbeitet; vom Rat werden die Änderungen des EZB-Statuts unterstützt, sodass regulatorische Kompetenz zum Clearing an die EZB übertragen werden kann.
29. Mai 2018	EK	<p>Vorstellung des Gesetzgebungspaketes zur Kohäsionspolitik zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 durch die EK</p> <p>Das Paket schlägt eine starke thematische Konzentration auf intelligentes Wachstum und Nachhaltigkeit, die Abdeckung des gesamten EU-Territoriums bei gleichzeitigem Fokus auf ärmere Regionen, eine Senkung der EU-Ko-Finanzierungs-Raten, eine stärkere Verknüpfung mit EU-Prozessen (insb. Europäisches Semester) sowie Verwaltungsvereinfachungen vor. Das Kohäsionspolitik-Budget soll von 367 Mrd EUR auf 331 Mrd EUR sinken.</p>

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

11.05.2018	IWF	<p>Medium-Term Budget FY2019-2021</p> <p>Das Exekutivdirektorium des IWF beschloss den Finanzrahmen für das kommende Finanzjahr (beginnend am 01.05.2019) sowie die</p>
------------	-----	--

		Planungsdaten (<i>indicative budgets</i>) für die Finanzjahre 2020 und 2021. Der administrative Nettorahmen (<i>net administrative budget</i>), der seit nunmehr sieben Finanzjahren unverändert ist, beträgt für das Finanzjahr 2019 rd. 1,135 Mrd USD.
23.05.2018	IWF	<p>Russland, Artikel IV-Konsultation</p> <p>Anlässlich der Beendigung der Artikel IV-Konsultation mit den russischen Behörden, hielt der IWF-Stab fest, dass die zweijährige wirtschaftliche Rezession einem Ende zuginge. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten würden jedoch nur eine geringe weitere Erholung der russischen Wirtschaft erwarten lassen. Die Wachstumsraten würden hinter vergleichbaren Ländern in Osteuropa zurückliegen, eine wirtschaftliche Konvergenz mit Industrieländern nicht stattfinden und der Anteil Russlands am globalen BIP zurückgehen. Der IWF-Stab identifiziert als Hauptproblembereiche fehlende Infrastruktur, eine Überalterung der Bevölkerung, einen (zu) hohen Anteil des Staates am Banken- und Unternehmenssektor sowie institutionelle Schwächen. Als positiv bewertet der IWF-Stab das seitens der russischen Behörden unlängst beschlossene makroökonomische Reformprogramm unter Einschluss einer Fiskalregel, eines Inflation targeting (< 4% p.a.) sowie eines flexiblen Wechselkurses. Lt. IWF-Stab sind mittelfristig weitere fiskalische Einsparungen in Höhe von rd. 1 - 2% des BIP notwendig, um weitere (überproportionale) Ausbeutungen der Bodenschätze zulasten kommender Generationen zu verhindern.</p>
25.05.2018	IWF	<p>Kolumbien – flexible Kreditlinie</p> <p>Das Exekutivdirektorium bewilligte die Verlängerung der flexiblen Kreditlinie (<i>Flexible Credit Line, FCL</i>) in Höhe von rd. 7,9 Mrd SZR um weitere zwei Jahre. Die kolumbianischen Währungsbehörden beabsichtigen keine (tatsächliche) Inanspruchnahme der Kreditlinie, die <i>FCL</i> wäre ausschließlich <i>precautionary</i>.</p>
29.05.2018	IWF	<p>China, Artikel IV-Konsultation</p> <p>Lt. IWF-Stab würde die chinesische Wirtschaft im Jahr 2018 nur geringfügig schwächer als im vergangenen Jahr wachsen (prognostiziertes BIP-Wachstum 6,6% p.a.). Bis zum Jahr 2023 rechnet der IWF-Stab weiter mit leicht rückläufigem Wachstum (2023: 5,5% p.a.). Positiv bewertet der IWF-Stab die Umorientierung der chinesischen Behörden von <i>high-speed growth</i> zu <i>high quality growth</i>. In wirtschaftspolitischer Hinsicht empfiehlt der IWF-Stab das Einbremsen der Kreditvergaben sowohl an den öffentlichen als auch den privaten Sektor (Verlangsamung der Verschuldung der privaten Haushalte), eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sozialtransfers. Ferner sollte der Wettbewerb in allen Wirtschaftsbereichen gestärkt und der Wechselkurs flexibler gestaltet werden.</p>